

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Ami Dresden Nr. 31502
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwiger Anzeiger

Post-Konto: Stadtkauf Dresden, Giro-Konto: Nr. 656
Post-Konto: Nr. 817 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weiher Hirs, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbereich) der Gemeinden Wachwitz, Niederpöritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Meyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drahe, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Er scheint täglich mit den Zeitungen: Ami, Fremden- und Kurier, Leben im Bild, Agrar-Wort, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 8-spaltige Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Resten die 4-spaltige Zeile mit 10 Goldpfennigen. Anzeigen u. Resten mit Plakatschriften und schwierigen Sacharten werden mit 30% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zellenpreis in Anwendung gebracht. Rabattanspruch erfolgt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwiger Str. 4
87. Jahrgang

250

Montag, den 26. Oktober

1925

Die Regierungskrise ist da

Schiele, Reuhaus u. v. Schlieben wollen zurücktreten — Keine frühere Reichstageseinberufung — Wahlen in Berlin u. Baden

Industrie und Handel über Locarno

Am 24. Oktober hielt der Hauptauschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags in Berlin seine aus allen Teilen des Reichs sehr zahlreich besuchte Herbstsitzung ab, die der Beratung spezieller wirtschaftlicher und finanzpolitischer Angelegenheiten gewidmet war und die in späteren Sitzungen fortgesetzt werden soll. Vor Eintritt in diese Beratungen gab nach einem knappen allgemeinen Bericht des ersten geschäftsführenden Präsidiumsmitgliedes, Reichsminister a. D. Hamn, über die gegenwärtige Wirtschaftslage der Präsident von Wendelssohn der Hoffnung Ausdruck, daß der Weg von Locarno zur Wirtschaft und zur Wirksamkeit werden möge und daß die Ereignisse der nächsten Wochen allen denen, die ernst und wirklichkeitsbewußt die schwere Lage unseres Vaterlandes würdigen, die Zustimmung zu dem Vertragsergebnis ermöglichen werden, zu der der Weg offen gehalten werden soll. Unter lebhafter Zustimmung sprach der Redner den Wunsch aus, daß durch Taten, die Deutschland nun vom Ausland erwarten, sich die erhoffte große Wendung unzweideutig anzeige und Deutschland

die Gewißheit der wirklichen Gleichberechtigung und eines aufrichtigen, auf gegenseitiger Achtung beruhenden Friedens der Völker gegeben werden möge.

Was sagt das Rheinland dazu?

Das Verhalten der Deutschnationalen hat bei den führenden Parteien des Rheinlandes und in weiten Kreisen der Bevölkerung Erregung hervorgerufen. Man ist der Meinung, daß der Reichstag aufgelöst und das deutsche Volk über sein Schicksal selbst entscheiden müsse, falls die Deutschnationalen in ihrer hartnäckigen Opposition verharren sollten. Die auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehende „Rheinische Zeitung“ schreibt: So wie der Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes gefaßt worden ist, ist er übereilt, schädlich und damit, um in der Ausdrucksweise der Deutschnationalen zu sprechen, ein nationaler Fehler. Die „Rheinische Volkszeitung“ weist darauf hin, daß sich die Politik der Deutschnationalen zu rächen beginne. Die Partei sei dabei, das Gefühl über die Vernunft setzen zu lassen und das Parteinteresse über das Vaterland zu stellen.

Keine Nervosität

Die besonders im Vordergrund stehenden Parteien des Zentrums und der Deutschen Volkspartei haben deutlich erklärt, daß sie nicht die Absicht haben, den Deutschnationalen irgendwelche Hilfestellung zu leisten und es ihnen zu ermöglichen, die Verantwortung für das, was sie tun, auf andere Schultern zu wälzen. Ganz angestrichelte Gemüter sprechen in diesem Augenblicke bereits von einer Krise, die sich nicht nur auf das Kabinett erstrecken soll, sondern auch geeignet erscheint, den Reichspräsidenten mit hinein-zuziehen. Davon kann naturgemäß keine Rede sein. Es sind genug Kräfte am Werke, die wohl imstande sind, eine derartige Umwälzung katastrophaler Art unter allen Umständen zu verhindern. Es muß jetzt die Aufgabe der deutschen Reichsregierung und der hinter ihr stehenden Parteien sein, einer schweren Erschütterung unseres innenpolitischen Baues vorzubeugen.

Der deutschnationale Beschluß

In der getrigen Fraktionsführung der Deutschnationalen Volkspartei wurde nach sehr kurzer Aussprache folgender Beschluß gefaßt:

„Im Verfolg des Beschlusses der Reichstagsfraktion vom 21. d. M. und des Parteivorstandes und der Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei vom 23. Oktober billigte die Fraktion den Entschluß der Herren Minister Schiele, Reuhaus und v. Schlieben, noch heute durch den Reichskanzler ihre Entlassung nachzusuchen.“

Die Begründung

Von deutschnationaler Seite wird darauf hingewiesen, daß die jetzige Stellungnahme durch die neu geschaffenen Tatsachen unvermeidbar geworden sei. Während die deutschen Delegationsführer bisher den Standpunkt eingenommen haben, daß das Vertragsergebnis von Locarno keinen Verzicht auf deutschen Boden und keine Anerkennung der östlichen Grenzen darstellt, haben

sowohl die englische als auch die französische Regierung offiziell die Behauptung aufgestellt, daß der Versäßer Frieden durch den Sicherheitspakt garantiert werden soll.

Die französische öffentliche Meinung gehe sogar soweit, zu behaupten, daß auch der territoriale Bestehnd Polens nunmehr unantastbar geworden wäre.

(Zwischen die'er Auffassung, die den Beschluß der Deutschnationalen stark beeinflusst zu haben scheint, und dem Standpunkt der deutschen Delegation besteht aber ein wesentlicher Unterschied. Die deutsche Delegation hat von vornherein keinen Zweifel darüber gefaßt, daß eine Wiederholung des Versäßer Vertrages nicht in Frage kommen kann. Aus diesem Grunde hatte auch die Reichsregierung noch vor Eröffnung der Verhandlungen von Locarno den bekannten diplomatischen Schritt in London und Paris vornehmen lassen, durch den ausdrücklich betont wurde, daß die deutsche Regierung eine Wiederholung des Beschlusses über die Kriegsschuldfrage ablehnen müsse und daß sie auf dem Standpunkt stehe, daß die Verhandlungen von Locarno nicht als eine nochmalige rechtlich bindende Anerkennung des Versäßer Vertrages ausgelegt werden könnten. Die Schriftleitung.)

Das Rücktrittsgesuch überreicht

Wie wir erfahren, haben die Minister Schiele, v. Schlieben und Reuhaus entsprechend der in der deutschnationalen Entschliebung enthaltenen Ankündigung am Sonntagabend 9 Uhr dem Reichskanzler ihr Rücktrittsgesuch überreicht.

Alles, was mit Locarno zusammenhängt, ist außenpolitisch so überaus schwer belastet, daß wir uns keine innenpolitische Krise leisten können.

Der Reichstag

wird entgegen dem Wunsche der Sozialdemokraten, trotz der bevorstehenden Veränderung im Kabinett, nicht früher einberufen werden, als zu dem ohnedies in Aussicht genommenen Termin des 20. November. Ein früherer Zusammentritt hätte schon deshalb wenig Sinn, weil der Reichstag ja ebenfalls noch nicht abschließend zu dem Ergebnis von Locarno Stellung nehmen könnte. Dieses Ergebnis wird erst

gesucht überreicht. Im Laufe der weiteren Abendstunden ist keine Entscheidung zu den Entlassungsgesuchen mehr getroffen worden. Der Kanzler nahm abends gemeinsam mit dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann und den Staatssekretären dieser beiden Ressorts an einem Essen teil, das in der kaiserlichen Hofkapelle veranstaltet wurde. Gerüchte, denen zufolge der Kanzler nach der Ueberreichung der Demissionen noch eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten haben sollte, können auf das Bestimmteste bementert werden.

Kabinettsberatungen

Eigener Informationsdienst

Das Reichskabinett, das bereits im Laufe des Sonntags wiederholt Besprechungen über die innenpolitische Lage abgehalten hat, wird am Montag mittags eine nochmalige Stellungnahme über die außenpolitische Situation formulieren. Reichskanzler Dr. Luther hat die Führer der Regierungsparteien ersucht, für die nächsten Tage in Berlin zu bleiben. Er beabsichtigt, die Parteiführer noch im Laufe des Montagabend zu empfangen.

Wahrscheinlich nur Regierungs-umbildung

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat sich, wie aus den obigen Beschluß hervorgeht, den Standpunkt der Vorsitzenden der deutschnationalen Landesverbände, wonach der Vertrag von Locarno nicht angenommen werden kann, zu eigen gemacht. Damit wird das gegenwärtige Reichskabinett Luther-Stresemann, das in stärkstem Maße von der Unterstützung der Deutschnationalen abhängig ist, in eine schwere Krise gestürzt. Von den Beratungen, die nunmehr zwischen dem Reichskanzler und den führenden Kreisen aller Parteien stattfinden werden, wird es abhängen, inwieweit der Bestand der Regierung durch den Beschluß der Deutschnationalen in Frage gestellt wird. So viel ist sicher, daß der deutschnationale Reichsminister des Innern Schiele sich dem Votum seiner Partei unterwerfen und die Konsequenz daraus ziehen wird. Aber man muß damit rechnen, daß auch die Minister von Schlieben und Reuhaus sich jetzt vorlegen werden, ob sie weiter im Kabinett verbleiben können. Man hält nicht für wahrscheinlich, daß das gesamte Kabinett seine Demission geben wird, vielmehr wird darauf gerechnet, daß die Regierung durch den Eintritt der Vertreter anderer großer Parteien wieder ergänzt und das am umgebildete Kabinett den bisherigen Weg der außenpolitischen Entscheidungen weiter geht.

dann abgerundet und geschlossen vorliegen, wenn man genau weiß, welches Maß von Rückwirkungen die Alliierten uns zustecken wollen. Auch über die Frage, ob der Reichstag aufgelöst werden könnte, wird eine Entscheidung erst nach dem Abschluß dieser Verhandlungen zu erwarten sein. Man hätte ja gegenwärtig keine klare Wahlparole, denn ein Wahlkampf unter dem Stichwort „Für oder gegen Locarno“ läßt sich erst führen, wenn das Ergebnis von Locarno abgeschlossen vorliegt. Dies kann aber erst gegen Ende November der Fall sein.

Die Besteuerung des Luxus

Unter allen Steuern sind die, welche den Luxusverbrauch treffen, die volkstümlichsten. Es mischen sich nämlich hierbei eine Reihe von Vorstellungen, die dem Manne aus dem Volke geklärt sind: Wer sich Luxus leistet, beweist damit, daß er überschüssiges Einkommen hat und mehr zahlen kann, als ihm auf Grund der sonstigen Steuergesetze zu zahlen obliegt. Viele erblicken in den Luxussteuern geradezu Geldstrafen, die denen auferlegt werden, die sich unterziehen, allzu sehr aus dem Rahmen der Lebenshaltung des Volksdurchschnitts herauszufallen. Diesem ist unklar die Vorstellung verbunden, daß die Steuer die betreffenden Konsumentenkreise abschrecken soll, daß also der Zweck der Steuer erreicht sei, wenn — ihr Ertrag immer mehr sinkt. Darum ist es ein Widerspruch, daß häufig von solchen, die in den Luxussteuern soziale Geldstrafen erblicken, die Forderung erhoben wird, der Geldbedarf der öffentlichen Organe möchte in größerem Umfang als bisher aus Luxussteuern gedeckt werden. Auch für den Staat gilt der Grundsatz, daß die Einkünfte möglichst gleichmäßig fließen. Soll eine Steuer Erziehungsmittel und Wachstumsmittel sein, so darf sie nicht gleichzeitig das Rückgrat der öffentlichen Finanzen sein. Denn das Ziel der Erziehung ist ja doch, die Taten zu verhüten, die mit Strafen bedroht sind. In dem gleichen Zeitpunkt, an welchem die Luxussteuer ihren erlebterischen Zweck erreicht, — nämlich die Bürger von dem betreffenden Luxuskonsum abgelenkt hat, ist es mit der fiskalischen Bedeutung der Luxussteuer vorbei. Es ist das elementarste bei dem Luxusverbrauch, daß er vom moralischen und sozialen Standpunkt aus verkehrt, vom fiskalischen Standpunkt aus dagegen gern gesehen und sogar ermuntert wird.

Im Publikum ist die Vorstellung verbreitet, daß der Verbraucher von Luxusgegenständen pekuniär durchaus in der Lage sei, außer dem Wert der Ware noch eine hohe Zusage zu bezahlen. Dies ist nur mit Einschränkungen richtig. Wer sich z. B. ein Klavier oder ein Schmuckstück kaufen will, der zieht nicht etwa den Nettopreis ausschließlich Luxusumsatzsteuer in Betracht, sondern er berechnet, wieviel er im Ganzen einschließlich aller Nebenleistungen zahlen muß, wenn er in den Besitz des betreffenden Luxusgegenstandes gelangen will. Aber selbst sehr wohlhabende Menschen können nicht ohne weiteres mit einer Luxussteuer von beliebiger Höhe belastet werden. Die meisten Menschen haben das Gefühl, daß sie für ihr Geld „etwas haben“ wollen. Steht der Preis, den sie zum Erwerb eines Luxusgegenstandes anlegen müssen, in allzu hohem Mißverhältnis zu dem Herstellungspreis, ist also der Steneraufschlag allzu hoch, so wird sich selbst mancher reiche Mensch in einem Gefühl von Ärger und Protest die Anschaffung des betreffenden Luxusgegenstandes versagen. Weiter ist zu beachten, daß viele Gegenstände des Luxusverbrauches in Gewerbebetrieben herzustellen sind, die einem nicht unbedeutlichen Teil des Volkes Arbeit und Brot geben. Werden solche Luxusartikel allzu sehr verteuert, so geht der inländische Verbrauch stark zurück und der Export gerät ins Stocken. Bezieht sich — wie es bei unserer Luxus-